



**„Mecklenburg-Vorpommern – ein Land zum Leben und Arbeiten“**

**Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes**

**Mecklenburg-Vorpommern,**

**Manuela Schwesig,**

**nach ihrem Amtsantritt**

**auf der 16. Sitzung des Landtages**

**Mittwoch, 12. Juli 2017, 10.00 Uhr**

## Einleitung

Frau Präsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
der Landtag hat mich am vergangenen Dienstag mit der Mehrheit seiner Mitglieder zur Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Unterstützung und das Vertrauen, ebenso wie für die zahlreichen Glückwünsche, die ich in der letzten Woche erhalten habe. Ich weiß: Da kommt jetzt viel Arbeit auf mich zu. Aber ich sage aus voller Überzeugung: Ich freue mich auf meine neue Aufgabe.

An erster Stelle stehen für mich die Bürgerinnen und Bürger. Ich will die Ministerpräsidentin aller Menschen in unserem Land sein: der Mecklenburger wie der Vorpommern, der Männer wie der Frauen, der Kinder und Jugendlichen wie der mittleren und der älteren Generation. Die Ministerpräsidentin derer, denen es gut geht und die mit der Entwicklung unseres Landes zufrieden sind, genauso wie der Menschen, die unzufrieden sind, deren Erwartungen sich bislang nicht erfüllt haben. Für sie alle will ich da sein und mich einsetzen.

Ich setze auf einen engen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb habe ich gleich am ersten Tag nach meiner Wahl in einem Bürgerforum in Torgelow mit rund 200 Menschen aus der Region diskutiert. Und ich habe mir vorgenommen, regelmäßig zu solchen Bürgerdialogen einzuladen. Es ist mir wichtig, dass wir als Regierung erklären, was wir tun. Und es ist noch wichtiger, die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten und Kritik und Anregungen aufzunehmen. Ich lade alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein: Sprechen Sie mich an! Bringen Sie sich ein! Lassen Sie uns Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam zu einem noch besseren Land machen!

## Dank an Erwin Sellering

Meine Damen und Herren,  
der Wechsel an der Spitze der Landesregierung findet unter besonderen Umständen statt. Mein Amtsvorgänger Erwin Sellering hat das Amt des Ministerpräsidenten unerwartet wegen einer schwerer Erkrankung aufgeben müssen. Und ich denke, ich spreche für alle hier im Saal und sicher auch für ganz viele, die unsere heutige Sitzung im Fernsehen oder im Internet verfolgen: Wir alle wünschen Erwin Sellering und seiner Familie in dieser schwierigen Situation viel Kraft, Geduld und vor allem, dass die medizinische Therapie, die jetzt notwendig ist, erfolgreich verläuft. Von ganzem Herzen alles Gute!

Erwin Sellering hat als Ministerpräsident großartige Arbeit geleistet. Mecklenburg-Vorpommern steht heute wirtschaftlich besser da als je zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich zurückgegangen. Und auch im sozialen Bereich sind in seiner Regierungszeit deutliche Fortschritte erzielt worden. Wir haben die Landesausgaben für die Kitas deutlich erhöht und die Kinderbetreuung im Land Schritt für Schritt verbessert. Und die Ehrenamtlichen erhalten dank der neuen Ehrenamtsstiftung jetzt bessere Unterstützung.

Das alles ist solide finanziert worden. Es gibt nicht viele Ministerpräsidenten, die von sich sagen können, dass in ihrer gesamten Regierungszeit keine Schulden gemacht wurden. Mehr noch: Dank der soliden Finanzpolitik ist die Verschuldung des Landes abgebaut worden.

Erwin Sellering hat das Land souverän, verlässlich und erfolgreich regiert. Er war den Bürgerinnen und Bürgern immer zugewandt. Und er hat mit deutlichen Worten für mehr Respekt vor ostdeutschen Lebensleistungen und für Augenhöhe im vereinten Deutschland gekämpft. Erwin Sellering hat sich um unser Land verdient gemacht. Vielen Dank für seinen großartigen Einsatz und seine Arbeit für unser Land!

Meine Damen und Herren,  
der Wechsel an der Spitze der Landesregierung findet, den besonderen Umständen geschuldet, zu einem ungewöhnlichen Zeitpunkt statt. Es sind gerade einmal 10 Monate seit der letzten Landtagswahl vergangen. Infolge dieser Wahl haben sich SPD und CDU auf die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung und ein gemeinsames Programm für die Regierungsarbeit verständigt. Ich war selbst an den Verhandlungen beteiligt. Und ich bin davon überzeugt, lieber Vincent Kokert, lieber Lorenz Caffier, wir haben einen guten Vertrag ausgehandelt. Er wird selbstverständlich auch künftig die Grundlage unserer gemeinsamen Regierungsarbeit sein.

Mein Amtsvorgänger hat Ende letzten Jahres eine umfassende Regierungserklärung zu den Plänen der Landesregierung in dieser Wahlperiode abgegeben. Ich will mich heute auf die wichtigsten Aufgaben konzentrieren. Und ich möchte etwas dazu sagen, welche Erfahrungen ich in das Amt einbringe, welche eigenen Akzente ich setzen will und für welchen Stil ich als Ministerpräsidentin stehe.

#### Bei den inhaltlichen Schwerpunkten Kontinuität und Verlässlichkeit

Meine Damen und Herren,  
bei den inhaltlichen Schwerpunkten der Regierungsarbeit setze ich ganz klar auf Verlässlichkeit und Kontinuität.

Diese Landesregierung wird auch in Zukunft alle Kraft dafür einsetzen, um unser Land wirtschaftlich weiter voranzubringen. Denn wir wollen, dass Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden und dass es vor allem mehr gute Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern gibt, mit fairen Löhnen und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. Das ist unser Ziel!

Diese Landesregierung wird auch in Zukunft Familien und Kinder fördern. Gute Kitas und auch gute Schulen sind aus zwei Gründen wichtig. Weil sie Eltern helfen, Familie und Beruf gut miteinander zu verbinden. Und weil sie unseren Kindern gute Bildung von Anfang an ermöglichen. Unsere Kinder sollen die besten Chancen haben.

Und wir wollen den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Mecklenburg-Vorpommern hat sich seit 1990 auch deshalb gut entwickelt, weil wir unsere großen Aufgaben meist gemeinsam angepackt haben. Ich möchte unser Land mit Zuversicht regieren. Ich möchte, dass Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft ein Land ist, das nicht auf Spaltung und Ausgrenzung setzt, sondern auf Gemeinschaft und Zusammenhalt. Ein Land, in dem Konflikte nicht mit Häme und Hass, sondern friedlich und respektvoll ausgetragen werden.

Das alles flankieren wir mit einer soliden Finanzpolitik. Unser Ziel ist klar: Wir wollen auch in Zukunft ohne neue Schulden auskommen. Und wir wollen in finanziell guten Jahren darüber

hinaus alte Schulden tilgen. Ich bin davon überzeugt: Das ist der richtige Weg für Mecklenburg-Vorpommern.

### Persönlich: Generationswechsel und die erste Ministerpräsidentin

Meine Damen und Herren,  
der Wechsel an der Spitze der Landesregierung ist mit einem Generationswechsel verbunden. Ich bin Jahrgang 1974. Ich war also 15, als die Menschen in Ostdeutschland im Herbst 1989 Demokratie, Freiheit und offene Grenzen erkämpft haben. Und ich war 16, als die Deutsche Einheit kam. Zu jung, um selbst schon aktiv mitzuwirken. Aber alt genug, um zu verstehen, welche großartige Entwicklung sich damals vollzog.

Ich habe allergrößten Respekt vor allen, die im Herbst 1989 und erst recht - unter noch viel größeren persönlichen Risiken - in den Jahren zuvor für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Reisefreiheit, Demonstrationsfreiheit und freie Wahlen eingetreten sind. Sie haben auch für uns, die wir damals noch Kinder waren und für alle nachfolgenden Generationen Freiheit und Demokratie erkämpft. Unser Leben wäre anders verlaufen, wenn damals nicht so viele so mutig gewesen wären. Vielen Dank an alle, die damals für Demokratie und Freiheit eingetreten sind.

Geprägt haben meine Generation aber auch die Jahre nach 1990. Wir haben die schwere wirtschaftliche Krise Anfang der neunziger Jahre mit all ihren gesellschaftlichen Verwerfungen unmittelbar mitbekommen. Wir haben erlebt, wie die Generation unserer Eltern zu kämpfen hatte. Mein Vater ist nach 1990 arbeitslos geworden, weil die Baufirma, in der er gearbeitet hat, pleiteging. Und auch im Freundeskreis gab es kaum eine Familie, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen war. Wir wissen, was Arbeitslosigkeit bedeutet und dass Arbeit mehr ist als nur Broterwerb.

Die meisten aus der Generation unserer Eltern haben damals nicht aufgegeben, sondern neu angepackt. Unter schwierigen Bedingungen haben sie eine großartige Aufbauarbeit geleistet und Mecklenburg-Vorpommern und die anderen ostdeutschen Länder zu dem gemacht, was sie heute sind. Auch dafür gebührt ihnen Anerkennung und Respekt!

Meine Generation musste in den turbulenten Jahren nach 1990 schnell Eigenverantwortung übernehmen. Für uns stellte sich nach dem Schulabschluss die Frage: Versuchen wir uns hier eine Zukunft aufzubauen? Oder gehen wir weg, gehen wir in den Westen? Viele, mit denen ich zur Schule gegangen bin, sind weggegangen, weil die Chancen anderswo so viel besser waren. Ich hatte das Glück, als eine der Wenigen hierbleiben zu können und gut in den Beruf zu finden. Dafür bin ich bis heute sehr dankbar.

Die meisten von uns Wendekindern sind ihren Weg gegangen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass man sich mit harter Arbeit eine berufliche Zukunft aufbauen kann. Viele von uns haben inzwischen eine Familie gegründet und selbst Kinder. Einige derer, die in den neunziger Jahren in den Westen gegangen sind, sind inzwischen zurückgekehrt. Weil sie sich ihrer Heimat besonders verbunden fühlen. Weil sich hier inzwischen bessere berufliche Perspektive eröffnet haben. Weil sie wollen, dass ihre Kinder hier aufwachsen, wo die Kinderbetreuung besser, die Natur intakter und das Leben nicht so hektisch ist wie in Berlin

oder anderen Großstädten. Ich würde mich sehr freuen, wenn noch mehr zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern zurückkehren.

Meine Generation steht heute mitten im Leben. Wir wissen, was es heißt, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, sich beruflich auf neue Zeiten einzustellen, nach einem Kita-Platz oder nach einer Pflegekraft für die Eltern zu suchen. Diese Perspektive will ich stärker einbringen in die Regierungsarbeit, aufbauend auf den Erfahrungen der Älteren und mit einem klaren Blick für die Zukunft der jüngeren Generation.

Ich hoffe, dass mein Wechsel an der Spitze der Landesregierung ein Signal auch für andere aus meiner Generation ist, mehr Verantwortung zu übernehmen und sich noch stärker einzubringen. Auch in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in der Kultur, im Sport. Wir haben etwas beizusteuern. Und wir stehen jetzt in Verantwortung für unser Land.

Meine Damen und Herren,

auch eine zweite Veränderung ist nicht zu übersehen. Mit mir steht erstmals eine Frau an der Spitze der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern. Und ich bin mir bewusst: Das ist etwas Besonderes. Einige rückwärtsgewandte Herren werden deshalb meine Arbeit vielleicht noch etwas kritischer beäugen als sonst. Aber das bringt mich nicht aus der Ruhe. Denn ich bin fest davon überzeugt: Wir Frauen können das mindestens genauso gut.

Und das stellen wir auch unter Beweis. Es gibt heute in Mecklenburg-Vorpommern in den verschiedensten Bereichen Frauen in Führungspositionen. Es dürfen aber gerne noch mehr werden. Denn trotz aller Fortschritte sind wir bei der Gleichstellung von Männern und Frauen noch nicht am Ziel. Und deshalb wird die Förderung und Vernetzung von Frauen weiter eine wichtige Aufgabe in allen Bereichen der Gesellschaft sein. Dafür will ich als Ministerpräsidentin meinen Beitrag leisten.

Schließlich bringe ich auch meine Erfahrungen als Bundesfamilienministerin in mein neues Amt ein. Und ich sehe das als Vorteil. Auf Bundesebene werden viele Fragen entschieden, die unser Land unmittelbar betreffen. Als Ministerpräsidentin werde ich die Interessen Mecklenburg-Vorpommerns auf Bundesebene vertreten – und zwar unabhängig davon, wer im Kanzleramt sitzt. Darauf können sich die Menschen im Land verlassen!

#### Schwerpunkt: Wirtschaft und Arbeit

Meine Damen und Herren,

unsere wichtigste Aufgabe besteht auch in Zukunft darin, Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich voranzubringen, damit Arbeitsplätze entstehen und gesichert werden, und zwar gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsbedingungen.

Denn trotz aller Fortschritte in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt hat unser Land immer noch Rückstand. Die Wirtschaftskraft und die Einkommen sind niedriger, die Arbeitslosigkeit und das Armutsrisiko höher als anderswo. Daran müssen wir arbeiten.

Die Landesregierung will ihren Beitrag dazu leisten, damit sich die positive Entwicklung in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt fortsetzt. Mir liegt an einem guten Verhältnis zur Wirtschaft des Landes. Die Unternehmen können sich fest darauf verlassen, dass es bei

Neuansiedlungen und Erweiterungen bei uns auch in Zukunft kurze Wege und eine Betreuung aus einer Hand geben wird und dass ich als Ministerpräsidentin für die Unternehmen ansprechbar bin, gute Ideen unterstütze und bei Sorgen helfe, so gut es geht.

Als Ministerpräsidentin bin ich aber selbstverständlich auch die Interessenvertreterin der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land. Ich setze auf eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Ich bin davon überzeugt: Unser Land kommt besser voran, wenn Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften gemeinsame Ziele verfolgen und Kompromisse über den richtigen Weg dorthin finden. Das werden wir gemeinsam tun: im Bündnis für Arbeit, im Fachkräftebündnis und darüber hinaus.

Meine Damen und Herren,  
ich sehe im Bereich „Wirtschaft und gute Arbeit“ vor allem fünf Herausforderungen.

Die erste: Wir müssen uns wirtschaftlich noch breiter aufstellen. Ich war in den letzten Jahren viel in ganz Deutschland unterwegs. Und ich habe festgestellt: Mecklenburg-Vorpommern wird außerhalb unseres Landes immer noch vor allem als Tourismusland wahrgenommen.

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Der Tourismus ist eine wichtige Branche für unser Land, mit Übernachtungsrekorden in fast jedem Jahr. Und das soll auch künftig so bleiben. Und deshalb werden wir den Tourismus in seiner Entwicklung auch weiter unterstützen.

Aber Strandkorb allein reicht nicht. Wir brauchen ebenso Arbeitsplätze in der Industrie und in anderen Dienstleistungsbranchen. Ich setze auf die Land- und Ernährungswirtschaft, die erneuerbaren Energien, die Gesundheitswirtschaft, die maritime Industrie, das Handwerk und zum Beispiel auch die Automobil-, Luftfahrt- und Raumfahrtzulieferindustrie. Wir müssen Branchen unterstützen, die gute Löhne zahlen. Mein Ziel ist, dass wir in einigen Jahren als ein Land wahrgenommen werden, in dem man nicht nur zwei oder drei Wochen sehr gut Urlaub machen kann, sondern als ein Land zum Leben und Arbeiten. Und das an 365 Tagen im Jahr.

Meine Damen und Herren,  
die zweite Herausforderung: Wir müssen den Ausbau der Infrastruktur in den kommenden Jahren weiter fortsetzen. Dazu gehören die Fertigstellung der A 14 von Schwerin nach Magdeburg und der Ausbau der B96n auf Rügen bis Bergen. Und wir wollen die geplanten Maßnahmen entlang der B 96 von Neubrandenburg nach Berlin und die Projekte, die neu in den Bundesverkehrswegeplan 2030 aufgenommen worden sind, zügig auf den Weg bringen.

Wir wollen mit einer Investitionsoffensive den Ausbau der Infrastruktur beschleunigen und auch ein stärkeres Augenmerk auf den Erhalt der bereits bestehenden Infrastruktur legen. Deshalb sieht der gestern vom Kabinett beschlossene Haushaltsentwurf die Einrichtung einer Projektgruppe in der Straßenbauverwaltung vor, die genau das voranbringen soll.

Ebenso wichtig für unser Land sind die Häfen. Die Landesregierung setzt sich deshalb dafür ein, dass die im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Vertiefungen der Fahrrinnen zu den Häfen Rostock und Wismar schnell umgesetzt werden. Und wir werden die Hafeninfrastruktur weiter ausbauen und zusätzliche Flächen für Ansiedlungen und Erweiterungen von Betrieben zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren,

die dritte große Herausforderung ist die Digitalisierung. Das ist einer der Bereiche, in dem ich als Ministerpräsidentin neue Akzente setzen möchte. Ich bin davon überzeugt: Die Digitalisierung eröffnet gerade einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern, das viel Freiraum für neue Ideen und optimale Bedingungen für kreatives Arbeiten bietet, neue wirtschaftliche Chancen. Und die sollten wir gemeinsam nutzen.

Voraussetzung dafür ist, dass überall schnelles Internet verfügbar ist. In den Städten ist das sehr weitgehend der Fall. Im ländlichen Raum verbessern wir mit Hilfe des Breitband-Förderprogramms des Bundes die Versorgung mit schnellem Internet. Ich finde: Es ist ein Riesenerfolg, dass ein erheblicher Teil der Mittel aus diesem Programm nach Mecklenburg-Vorpommern fließt. Die Landesregierung, die Kommunen und das Kompetenzzentrum haben hier wirklich hervorragende Arbeit geleistet. Vielen herzlichen Dank dafür.

Allerdings sichert dieses Programm nur den Ausbau auf 50 Mbit. Es ist klar, dass das allein in Zukunft nicht reichen wird. Wir müssen mit der Entwicklung Schritt halten und brauchen noch höhere Übertragungsgeschwindigkeiten in modernen Glasfasernetzen. Dafür wird sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen.

Mein Eindruck ist, dass auf Bundesebene vor allem darüber diskutiert wird, wie große Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützt werden können. Die Wirtschaft unseres Landes ist aber vor allem durch kleine und mittlere Firmen geprägt. Unsere Aufgabe wird es in den nächsten Jahren sein, gerade die kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Weg ins digitale Zeitalter zu begleiten und gleichzeitig gute Bedingungen für innovative Existenzgründungen in diesem Bereich zu schaffen.

Die Landesregierung wird deshalb ein 10-Millionen-Euro-Programm auf den Weg bringen, um die Digitalisierung in Mecklenburg-Vorpommern weiter voranzubringen. Wir wollen aufbauend auf den guten Erfahrungen, die unser Land mit den Technologie- und Gründerzentren gemacht hat, Zentren für digitale Startups aufbauen. Und wir wollen mit einem Förderprogramm bereits bestehende Unternehmen dabei unterstützen, sich auf die neuen Möglichkeiten einzustellen.

Meine Damen und Herren,

die vierte große Herausforderung ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs. Ich habe vor einigen Wochen eine Messe in Lübbtheen besucht. Und da haben mir alle Unternehmerinnen und Unternehmer gesagt: „Das ist für uns die größte Herausforderung der nächsten Jahre“.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs beginnt mit guter Ausbildung. Und da macht mir Sorgen, dass heute manchmal der Eindruck erweckt wird, als würden nur eine Schullaufbahn bis zum Abitur und ein anschließendes Studium späteren beruflichen Erfolg garantieren. Ich meine: Wir müssen die berufliche Ausbildung wieder stärken. Sie ist genauso wertvoll wie ein Studium. Und sie kann auch genauso zu beruflichem Erfolg führen. Das Land unterstützt die berufliche Aus- und Weiterbildung. Zum Beispiel wollen wir als Land die bestandene Meisterausbildung künftig mit 2.000 Euro fördern. Und die besten Meisterinnen und Meister erhalten sogar 5.000 Euro.

Aber auch die Wirtschaft ist in der Pflicht. Sie muss den jungen Menschen im Land Chancen eröffnen, sich im Beruf zu entwickeln. Ich weiß: Viele Betriebe unternehmen bereits erhebliche

Anstrengungen, um Fachkräfte auszubilden und später an sich zu binden. Das freut mich sehr. Aber was gut ist, kann in den nächsten Jahren ja noch besser werden.

Was in jedem Fall besser werden muss, ist das Lohnniveau in unserem Land. Mecklenburg-Vorpommern wird auf Dauer nur konkurrenzfähig mit anderen Regionen sein, wenn wir auch bei den Löhnen attraktiv sind. Die Rentenangleichung ist auf den Weg gebracht. Jetzt muss auch die Angleichung der Löhne kommen. Und das wird noch schwerer. Denn anders als bei den Renten können wir die Löhne nicht per Gesetz anheben. Die Löhne werden in Deutschland von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt. Und wir respektieren selbstverständlich die Tarifautonomie. Die Landesregierung hat allerdings eine klare Haltung in dieser Frage. Wir werben dafür, dass insgesamt bessere Löhne im Land gezahlt werden. Und wir setzen uns mit den Gewerkschaften und einer ganzen Reihe von Wirtschaftsvertretern dafür ein, dass im Land mehr Tariflohn gezahlt wird. Denn im tariflichen Bereich ist die Angleichung der Löhne zwischen Ost und West weiter fortgeschritten. Und das muss unser Ziel für die kommenden Jahre sein.

Bei Bildung der Landesregierung ist festgelegt worden, dass wir mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften darüber reden wollen, wie wir die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf die Schaffung unbefristeter sozialversicherungspflichtiger tarifgebundener Arbeitsplätze ausrichten können. Mein Wunsch ist, dass wir das im Konsens lösen. Das setzt allerdings voraus, dass alle Seiten bereit sind, zu einer konstruktiven Lösung beizutragen. Ich werde dazu demnächst zu Gesprächen einladen.

Meine Damen und Herren,  
die fünfte Herausforderung. Es gehört zu den großen Erfolgsgeschichten unseres Landes, dass sich die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren mehr als halbiert hat. Bei aller Freude darüber dürfen wir aber nicht vergessen, dass immer noch knapp 70.000 Menschen in unserem Land arbeitslos gemeldet sind. Zur Wahrheit gehört auch, dass unter diesen 70.000 viele Langzeitarbeitslose sind, die kaum Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

Diesen Frauen und Männern wollen wir mit Bürgerarbeit eine neue Perspektive geben. Der Wirtschaftsminister wird gemeinsam mit der Agentur für Arbeit ein entsprechendes Programm auf den Weg bringen. Im Jahr 2017 sollen davon 200 Langzeitarbeitslose profitieren. Im Jahr 2018 sollen es bereits 500 sein, die bei kommunalen oder gemeinnützigen Arbeitgebern und erstmals auch in gewerblichen Unternehmen eingestellt werden. Insbesondere alleinerziehende Mütter sollen profitieren. Das ist wichtig, denn diese Gruppe hat es auf dem Arbeitsmarkt besonders schwer. Alleinerziehende Mütter in Arbeit zu bringen ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut.

Meine Damen und Herren,  
zu den kontrovers im Land diskutierten Themen der letzten Jahre gehört die Energiepolitik. Meine Erfahrung ist: Eine klare Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt die Energiewende. Die wenigsten wollen zur Atomenergie zurück oder neue Kohlekraftwerke bei uns im Land. Der Bau einzelner Windparks führt jedoch immer wieder zu Debatten und Protesten.



Ich stehe hinter der Energiewende. Ich bin allerdings der Auffassung, dass wir wieder zu einem besseren Gleichgewicht zwischen dem notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien und den Belastungen der Bürgerinnen und Bürger kommen müssen.

Auf Bundesebene werde ich mich gemeinsam mit den anderen ostdeutschen und norddeutschen Ministerpräsidenten dafür einsetzen, dass die Netzkosten in Deutschland gerechter verteilt werden. Es kann nicht so bleiben, dass die Regionen, die bei der Energiewende vorangehen, durch höhere Stromkosten bestraft werden. Das untergräbt die Akzeptanz für die Energiewende. Die jetzt erzielte Einigung bei den Netzentgelten ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ich sage klar: Es müssen weitere Schritte folgen. Wir brauchen eine gerechtere Verteilung der Kosten!

Meine Damen und Herren,  
die Landesregierung hat sich entschieden, in dieser Wahlperiode ein besonderes Augenmerk auf den Landesteil Vorpommern zu richten. Dabei geht es nicht darum, den einen Landesteil gegenüber dem anderen zu bevorzugen. Ganz im Gegenteil: Unser Ziel ist, dass sich beide Landesteile gut entwickeln.

Trotz der guten Entwicklung, die auch Vorpommern seit der Jahrtausendwende genommen hat, hat es diese Region deutlich schwerer. Und es ist mir wichtig, dass die Menschen in Vorpommern nicht den Eindruck haben, von Schwerin abgehängt zu sein und noch nicht einmal wahrgenommen zu werden. Auch deshalb habe ich meine ersten Termine als Ministerpräsidentin ganz bewusst im Landesteil Vorpommern absolviert.

Die Regierungspartner haben sich zu Beginn der Wahlperiode entschieden, dass erstmals ein Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern berufen wird. Mit meinem Staatssekretär Patrick Dahlemann haben die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und die gesellschaftlichen Akteure einen zusätzlichen Ansprechpartner und Kümmerer vor Ort, der Anliegen aus Vorpommern nach Schwerin trägt.

Vorpommern voranzubringen ist aber selbstverständlich eine Aufgabe der gesamten Landesregierung. Wir werden deshalb mit einer Lenkungsgruppe die Aktivitäten der Landesregierung in Vorpommern besser koordinieren. Mit dem Vorpommern-Fonds werden wir kleine Projekte unterstützen, die die Region wirtschaftlich, sozial und kulturell voranbringen und den Zusammenhalt und die vorpommersche Identität stärken. Und wir wollen darüber hinaus 3 bis 4 größere Projekte für Vorpommern auf den Weg bringen. Dazu wollen wir mit den Akteuren vor Ort in einen intensiven Dialog treten. Denn es ist völlig klar: Wir werden Vorpommern nur gemeinsam voranbringen können.

#### Schwerpunkt: Familie und Kinder

Meine Damen und Herren,

Der zweite Schwerpunkt ist die Stärkung von Familien und Kindern. Und das heißt für uns vor allem: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und für gute Kitas, gute Tagespflege und gute Schulen sorgen.

Das sind Themen, für die ich mich als Bundesfamilienministerin immer besonders eingesetzt habe. Und das sind Themen, bei denen ich auch aus ganz persönlicher Erfahrung mitreden

kann. Sie wissen wahrscheinlich: Ich habe eine einjährige Tochter und einen zehnjährigen Sohn. Ich weiß, dass in den Kitas und Schulen vieles gut läuft, aber auch noch eine ganze Menge zu verbessern ist.

Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Kinderbetreuung im Land zu verbessern. Wir haben auf der einen Seite in Qualität investiert, indem wir zum Beispiel die vorschulische Bildung gestärkt, den Erzieherinnen und Erziehern mehr Vor- und Nachbereitungszeiten ermöglicht und den Betreuungsschlüssel im Kindergarten von 1:18 auf 1:15 abgesenkt haben. Und wir haben auf der anderen Seite die Eltern bei den Beiträgen entlastet. So werden die Elternbeiträge im letzten Kindergartenjahr Monat für Monat über einen Zuschuss um 80 Euro und in der Krippe um 100 Euro monatlich abgesenkt. Viele gute Maßnahmen, darauf können wir stolz sein.

Ich bin davon überzeugt, dass wir in den kommenden Jahren weiter in die Qualität der Kitas investieren müssen. Denn die Kitas sind die ersten Bildungseinrichtungen. Und wir müssen die Eltern weiter bei den Beiträgen für die Kita oder die Tagespflege entlasten.

Mit dem kommenden Haushalt werden wir die nächsten Schritte gehen. Wir werden zum 1. Januar 2018 die Elternbeiträge für die Kita um 50 Euro pro Kind absenken. Mit Ausnahme des letzten Kindergartenjahres, weil es da schon einen Zuschuss gibt. Das sind 600 Euro im Jahr – das ist eine deutliche Entlastung für die Eltern in unserem Land.

Wir werden dann in einem zweiten Schritt zum 1. Januar 2019 diejenigen Eltern noch einmal zusätzlich entlasten, die zwei und mehr Kinder in der Kita haben und damit besonders großen Belastungen ausgesetzt sind. Sie zahlen dann für das zweite Kind nur noch den halben Elternbeitrag und ab dem dritten Kita-Kind gar nichts mehr.

Und schließlich haben SPD und CDU festgelegt, dass wir die durch die Tilgung von Altschulden gewonnenen finanziellen Spielräume vorrangig zur Stabilisierung und weiteren Absenkung der Elternbeiträge einsetzen werden. Das sind wichtige Verbesserungen!

Meine Damen und Herren,

unser langfristiges Ziel ist die beitragsfreie Kita. Ich will mal an einem Beispiel deutlich machen, warum das so wichtig ist. Ich habe im letzten Jahr in Bad Doberan eine Mutter getroffen, die hat mir erzählt, sie verdient 1.400 Euro – dank Mindestlohn. Aber davon gehen 600 Euro an Kita-Gebühren für ihre zwei Kinder ab. Dieser Mutter kann ich heute sagen: Das, was wir vor der Wahl zugesagt haben, setzen wir jetzt um. Aber das Beispiel zeigt, wo wir hin müssen: Gerade für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen wäre die Beitragsfreiheit eine große Entlastung.

Seriöserweise müssen wir sagen: Wir werden dieses wichtige Ziel nur Schritt für Schritt erreichen können. Und wir werden dabei umso schneller sein, wenn wir dabei die Unterstützung des Bundes haben. Ob es eine solche Unterstützung des Bundes gibt oder ob Steuersenkungen die finanziellen Spielräume des Landes künftig sogar noch einengen, werden wir erst nach der Bundestagswahl wissen. Es ist deshalb heute noch nicht möglich, ein Datum zu nennen, bis zu dem die Beitragsfreiheit erreicht werden kann. Ich sage aber zu: Ich werde nächstes Jahr, wenn die finanziellen Auswirkungen der Bundestagswahl klar sind, einen Stufenplan vorlegen, wie wir zur Abschaffung der Elternbeiträge kommen. Denn das ist und bleibt unser gemeinsames Ziel!

Meine Damen und Herren,

daneben gibt es noch ein zweites wichtiges Vorhaben im Kita-Bereich. Wir werden in dieser Landtagssitzung den Weg freimachen für die duale Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern. Damit werden wir gemeinsam mit Baden-Württemberg Vorreiter in Deutschland sein.

Ich halte dieses Gesetz für einen wichtigen Schritt nach vorn. Es hat mir nie eingeleuchtet, dass in nahezu allen Berufen Ausbildungsvergütungen gezahlt werden. Nur in den sozialen Berufen, die besonders wichtig sind und in denen wir dringend gute Fachkräfte brauchen, da müssen die Auszubildenden noch Geld zahlen. Ich habe vergangene Woche hier in Schwerin die Berufliche Schule für Gesundheit und Soziales besucht. Das wird auch von den Auszubildenden dort als große Ungerechtigkeit empfunden.

Deshalb ist die duale Ausbildung in diesem Bereich eine wichtige Ergänzung. Wir haben die Kritik, die es zunächst an dem Gesetz gab, weitgehend aufgegriffen. Und deshalb sollten wir das jetzt gemeinsam auf den Weg bringen. Wir brauchen dringend gute Fachkräfte in unseren Kitas!

Meine Damen und Herren,

ebenso wichtig für gute Kitas sind auch gute Schulen. Die Eltern haben sehr klare Erwartungen an uns. Möglichst wenig Unterrichtsausfall, motivierte Lehrerinnen und Lehrer und vor allem guten Unterricht. Deshalb ist es wichtig, dass die Landesregierung bereits in der vergangenen Wahlperiode ein 50-Millionen-Euro Paket für die Schulen auf den Weg gebracht hat, das genau da ansetzt. Vielen Dank dafür.

Und noch für eine andere Entscheidung aus der vergangenen Wahlperiode bin ich sehr dankbar. Ich freue mich darüber, dass SPD, CDU und die LINKE die wichtige Aufgabe der Inklusion gemeinsam angehen. Denn natürlich gibt es bei den Eltern – und zwar bei den Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf wie auch bei den anderen Eltern – viele Sorgen und Ängste. Deshalb ist es so wichtig, dass wir diese Aufgabe gemeinsam, Schritt für Schritt und unter Einbeziehung der Eltern und Lehrkräfte angehen. Das ist der richtige Weg.

Auch in den kommenden Jahren stehen wichtige Aufgaben an den Schulen an. Wir müssen den Lehrerberuf attraktiv gestalten, um junge und motivierte Lehrerinnen und Lehrer für unser Land zu gewinnen. Und wir wollen weiter für mehr Chancengleichheit in der Bildung sorgen. Dafür brauchen wir noch mehr Ganztagschulen im Land. Wir haben ein klares Ziel für diese Wahlperiode vereinbart, nämlich den Ausbau für 10.000 Schülerinnen und Schüler.

Meine Damen und Herren,

einige Landesregierungen vertreten die Auffassung, dass der Bund sich komplett aus der Schulpolitik raushalten soll. Dieser Meinung bin ich nicht. Ich halte das sogenannte Kooperationsverbot für falsch. Und deshalb freue ich mich, dass im Zuge der Verhandlungen über die Bund-Länder-Finzen dem Bund zumindest die Möglichkeit gegeben worden ist, bei der Sanierung von Schulen zu helfen. Denn seien wir ehrlich: Da ist noch einiges zu tun.

Zur Chancengleichheit von Kindern gehören auch gemeinsame Standards im Schulsystem. Viele Eltern wünschen sich einheitliche Abschlussprüfungen in Deutschland. Und es kann

auch nicht so bleiben, dass ein Schulwechsel von einem Bundesland in ein anderes mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. Die Länder müssen weiter aufeinander zugehen. Mecklenburg-Vorpommern wird sich offensiv für gemeinsame Standards einsetzen.

Meine Damen und Herren,

ein wichtiges Thema für mich ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Wir müssen unsere ganze Kraft dafür einsetzen, dass möglichst alle Kinder in unserem Land gleiche und gute Chancen haben.

Wer sich seriös mit diesem Thema befasst, wird schnell feststellen: Die Armut der Kinder ist die Armut der Eltern. Die wichtigste Ursache für die überdurchschnittlich hohe Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht auf dem Gebiet der Familienpolitik zu finden. Die wichtigsten Ursachen sind die im Bundesvergleich immer noch niedrige Wirtschaftskraft, die höhere Arbeitslosigkeit und niedrigeren Einkommen. Und deshalb ist die wichtigste Antwort auf die Kinderarmut, dass wir Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich voranbringen, damit die Eltern Arbeit und vernünftige Löhne bekommen.

Als zweiten Schritt müssen wir uns um die Gruppen kümmern, die ein besonders hohes Armutsrisiko haben. Um Alleinerziehende beispielsweise. Deshalb setzen wir da einen Schwerpunkt bei der Bürgerarbeit. Und deshalb war es mir als Bundesfamilienministerin so wichtig, den Unterhaltsvorschuss auch auf Kinder zwischen 12 und 18 Jahren auszuweiten und die bisherige Höchstbezugsdauer aufzuheben. Das bewahrt nämlich Alleinerziehende und ihre Kinder vor Armut.

Und dann können auch die Beitragsentlastungen in der Kita helfen, dass Familien mit einem geringen Einkommen nicht in Armut rutschen. Wobei klar ist: Familien, die von Arbeitslosengeld 2 leben, zahlen auch heute schon in Mecklenburg-Vorpommern keinen einzigen Euro an Kita-Gebühren. Und das wird selbstverständlich auch so bleiben. Das, meine Damen und Herren, ist eine seriöse Strategie gegen Kinderarmut. Und das ist der Weg, den diese Landesregierung und die Regierungsfractionen gemeinsam beschreiten werden.

#### Schwerpunkt: Sozialer Zusammenhalt

Meine Damen und Herren,

unser dritter Schwerpunkt ist der soziale Zusammenhalt.

Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land für alle Generationen sein. Deshalb unterstützen wir nicht nur Familien und Kinder, sondern auch die Älteren in unserem Land. Der Bundesrat hat am vergangenen Freitag den Weg zur gesetzlichen Angleichung der Renten in Ost und West freigemacht. Ich verstehe alle, die sagen: Ich hätte mir eine schnellere Angleichung gewünscht. Aber angesichts der massiven Widerstände, die wir überwinden mussten, ist die gesetzliche Festschreibung der Rentenangleichung ein echter Erfolg. Ein Erfolg, den wir vor allem deshalb erreicht haben, weil die ostdeutschen Landesregierungen in dieser Frage parteiübergreifend gemeinsam Druck gemacht haben. Vielen Dank an die Kollegen in Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen!

Die Renten werden jetzt in sieben Schritten auf Westniveau angehoben. Und das bedeutet nicht nur eine finanzielle Besserstellung der Rentnerinnen und Rentner. Das ist zugleich auch

ein großer Schritt auf dem Weg zur sozialen Einheit. Die Deutsche Einheit wird erst vollendet sein, wenn es auch die soziale Einheit gibt.

Ich sehe bei den Renten aber noch weiteren Verbesserungsbedarf. In den kommenden Jahren gehen die Jahrgänge in den Ruhestand, bei denen sich insbesondere in den ostdeutschen Ländern lange Phasen von Erwerbstätigkeit mit unverschuldeter Arbeitslosigkeit abwechseln. Wir haben viele Menschen, die jahrelang von kleinen Löhnen gelebt haben und keine Rente über der Grundsicherung zu erwarten haben. Deshalb kämpfe ich für die Einführung einer Solidarrente. Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, muss eine Rente oberhalb der Grundsicherung erhalten! Das ist eine Frage der Gerechtigkeit!

Und wir brauchen einen Gerechtigkeitsfonds, der die Probleme der Rentenüberleitung Ost löst, zum Beispiel bei geschiedenen DDR-Frauen. Für beides werde ich mich auf Bundesebene einsetzen.

Meine Damen und Herren,  
einen besonders großen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisten die Ehrenamtlichen in Mecklenburg-Vorpommern. Mehr als vierzig Prozent der Bürgerinnen und Bürger engagieren sich für das Gemeinwesen. Vielen Dank für dieses großartige Engagement.

Ich setze auf die Aktiven in unserer Gesellschaft. Denn das sind die Menschen, die unser Land zusammenhalten und zugleich die Demokratie stärken. Deshalb habe ich mich bewusst bei meinem ersten Termin als Ministerpräsidentin mit Ehrenamtlichen getroffen, mit einem Stralsunder Traditionsverein.

Das ist das 1.000 Projekt, das von der Ehrenamtsstiftung des Landes gefördert wird. Ich bin fest davon überzeugt: Es war richtig, diese Stiftung ins Leben zu rufen. Wir brauchen einen starken Dienstleister für das Ehrenamt, der unkompliziert gute Projekte fördert. Meinem Amtsvorgänger lag diese Stiftung immer besonders am Herzen. Und ich sage zu: Die Ehrenamtsstiftung wird auch künftig die volle Unterstützung der Ministerpräsidentin haben.

Meine Damen und Herren,  
auch die Kultur trägt zur Festigung des sozialen Zusammenhalts bei. Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich durch eine reichhaltige und vielfältige Kulturlandschaft aus. Dazu gehören die großen Musikfestivals, die Open Air Aufführungen jetzt im Sommer, unsere Theater, unsere Museen, die Kunsthäuser und Galerien, aber zum Beispiel auch die Jugendmusik- und Jugendkunstschulen, die junge Menschen für die Kultur begeistern.

Besonders wichtig sind mir die vielen kleinen kulturellen Initiativen im Land, die insbesondere den Zusammenhalt im ländlichen Raum stärken. Die Landesregierung wird die bisherige Kulturförderung stark vereinfachen, um gerade den kleinen Initiativen die Arbeit zu erleichtern.

Darüber hinaus gibt es in diesem Bereich weitere wichtige Projekte, vom Abschluss der Theaterreform bis zur Neuordnung der Filmförderung. Ein Projekt, das mir und – wie ich weiß – auch vielen von Ihnen besonders am Herzen liegt, ist die Aufnahme des Residenzensembles Schwerin ins Weltkulturerbe. Lassen Sie uns die Bewerbung gemeinsam mit ganzer Kraft unterstützen!

Meine Damen und Herren,  
der demografische Wandel stellt uns vor große Herausforderungen. Wir stehen vor der schwierigen Aufgabe, auch in ländlichen Räumen, in denen nur wenige Menschen leben, eine funktionierende öffentliche Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Das gilt insbesondere für die medizinische und pflegerische Versorgung.

Und da gibt es durchaus widersprüchliche Entwicklungen, obwohl wir immer mehr Geld in unser Gesundheitssystem stecken. Die Spitzenmedizin entwickelt sich sehr gut. Es gibt einen rasanten medizinischen Fortschritt. Aber die Grundversorgung ist in Gefahr, zum Beispiel wenn es um den Nachwuchs bei Landärzten geht. Dafür müssen wir gemeinsam mit den Verantwortlichen im Gesundheitswesen Lösungen finden. Sicher muss das Gesundheitssystem wirtschaftlich sein. Aber es darf darüber die Menschen nicht vergessen. Denn um die geht es.

Alle derzeit bestehenden Krankenhäuser im Land sind für die Versorgung der Bevölkerung in Wohnortnähe erforderlich und haben auch weiterhin Bestand. Aber wir müssen neue Konzepte für die Gesundheitsversorgung entwickeln. Insbesondere müssen ambulante und stationäre Versorgung noch besser miteinander verzahnt werden. Zum Beispiel, in dem die Krankenhausärztin einen Teil ihrer Arbeitszeit stationär im Krankenhaus arbeitet und im anderen Teil eine Praxis betreibt und so auch die ambulante Versorgung sichert.

Meine Damen und Herren,  
in den letzten Jahren ist eine große Zahl an Menschen nach Deutschland gekommen. Die meisten von ihnen sind geflüchtet, weil es in ihrer Heimat Krieg, Gewalt, Unterdrückung und Verfolgung gibt. Über die Anerkennung in Deutschland muss selbstverständlich in jedem Einzelfall entschieden werden. Aber eins ist für mich klar: Wir müssen den Flüchtlingen, die in Deutschland bleiben dürfen, die Möglichkeit zur Integration geben. Und sie muss auch von ihnen genutzt werden.

Dazu gehört mehr als nur ein Gang zum Sprachkurs. Es geht um ganz konkrete Hilfe im Alltag: in Kitas und Schulen, beim Gang zu Behörden, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz. Ich bin dankbar, dass sich viele Menschen in unserem Land für Flüchtlinge engagieren. Und ich werde nicht zulassen, dass gegen Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, und gegen diejenigen, die helfen, gehetzt wird!

### 3 weitere wichtige Themen

Meine Damen und Herren,  
lassen Sie mich zum Abschluss noch drei Themen kurz ansprechen, die wichtig sind und bei denen ich deutlich machen möchte, wofür ich stehe.

Das erste Thema: Ich stehe für ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Land und Kommunen. Sie wissen, dass ich meine erste politische Verantwortung in der Kommunalpolitik übernommen habe, als Stadtvertreterin und später auch als Fraktionsvorsitzende hier in unserer Landeshauptstadt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig die Arbeit ist, die von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern geleistet wird. Die Kommunen sind nicht das Kellergeschoss, sondern das Fundament unserer Demokratie. Die Arbeit, die dort geleistet wird, verdient alle Anerkennung und vollen Respekt.

Mir ist wichtig, dass auch die Kommunen in der Lage sind, eine solide Finanzpolitik zu betreiben und Schwerpunkte bei ihrer wichtigen Arbeit setzen können. Dafür brauchen sie eine angemessene Finanzausstattung. Das ist ein schwieriges Thema. Deshalb ist es gut, dass das Land und die Kommunen nach schwierigen Verhandlungen einen Kompromiss gefunden haben. Den werden wir in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Kommunen umsetzen.

Der zweite Punkt: Ich nehme das Thema Innere Sicherheit sehr ernst. Es gibt in Teilen der Bevölkerung eine zunehmende Verunsicherung. Und dieser Verunsicherung kann man nicht allein mit der Polizeistatistik begegnen, sondern mit konkreten Maßnahmen.

Es ist deshalb wichtig, dass jetzt das konsequent umgesetzt wird, worauf sich die beiden Regierungspartner verständigt haben: 150 zusätzliche Polizeistellen in dieser Wahlperiode und die Verlagerung von 150 weiteren Stellen vom Innendienst in den Außendienst, also 300 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten in der Fläche. Dazu müssen wir verstärkt neue Polizeikräfte ausbilden. Und es ist gut, dass wir demnächst wieder mehr junge Polizistinnen und Polizisten haben, die zusammen mit den erfahrenen Einsatzkräften entschlossen gegen Kriminalität und Gewalt vorgehen.

Der dritte Punkt: Ich stehe für ein weltoffenes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern. Ich möchte die Demokratie stärken. Wichtige Partner dabei sind die Demokratiezentren unseres Landes. Wir müssen die Prävention ausbauen. Und wir müssen den Kräften entschlossen entgegen treten, die unsere freiheitliche und demokratische Gesellschaft in Frage stellen. Ich wende mich deshalb entschieden gegen jede Form von Extremismus und Gewalt.

Selbstverständlich werde ich auch in meinem neuen Amt mein Engagement gegen den Rechtsextremismus fortsetzen. Das ist ein wichtiges Anliegen, für mich und – davon bin ich fest überzeugt – für viele in diesem Landtag und für viele Menschen in unserem Land. Und es ist eine wichtige Unterstützung, dass der Bundesrat die Möglichkeit eröffnet hat, verfassungsfeindlichen Parteien künftig die Finanzierung durch Steuergelder zu entziehen.

Ebenso entschlossen müssen wir gegen linksextremistische Gewalttäter vorgehen. Wer mit Steinen auf Polizisten wirft oder Schaufensterscheiben einwirft, für den kann es kein Verständnis geben, sondern er muss die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen. Und wir müssen auch alle anderen Formen des Extremismus wie den Salafismus im Blick behalten. Keine Religion und keine Ideologie darf sich über die Werte und Normen unseres Grundgesetzes stellen.

Meine Damen und Herren,  
unser Land liegt mitten in Europa. Und wir haben Europa viel zu verdanken. Mecklenburg-Vorpommern und die anderen ostdeutschen Länder haben beim Neuaufbau nach 1990 auch dank der finanziellen Unterstützung der EU eine gute Entwicklung genommen. Vor allem ist das vereinte Europa, ist die Zusammenarbeit der europäischen Staaten der beste Garant für Frieden auf unserem Kontinent.

Deshalb sagt diese Landesregierung ganz klar „Ja“ zu Europa. Wir wollen nicht zurückfallen in nationalen Egoismus und das Pflegen wechselseitiger Vorurteile. Wir sind davon überzeugt,

dass Deutschland und auch wir in Mecklenburg-Vorpommern am besten fahren, wenn wir eng mit unseren Nachbarn zusammenarbeiten.

Das gilt insbesondere im Ostseeraum. Dabei ist das Verhältnis zu Polen als unserem direkten Nachbarn von besonderer Bedeutung. Enge Beziehungen unterhält unser Land traditionell auch nach Russland. Mein Amtsvorgänger hat diese Partnerschaft auch in schwierigen Zeiten gepflegt. Und ich bin davon überzeugt, das war richtig so. Ich möchte an beide Linien anknüpfen und habe mir deshalb vorgenommen, sowohl Polen als auch Russland noch in diesem Jahr einen ersten Besuch abzustatten.

#### Einladung zum Dialog und zur Mitarbeit

Meine Damen und Herren,

ich habe eingangs gesagt: Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern ist mir sehr wichtig. Ich möchte mit möglichst vielen im Land direkt ins Gespräch kommen.

Das gilt ausdrücklich auch für diejenigen, die mit der Entwicklung in unserem Land unzufrieden sind. Ich möchte mit meiner Arbeit dazu beitragen, dass verloren gegangenes Vertrauen in die Politik und die Demokratie zurückgewonnen wird.

Es gibt viele Möglichkeiten zum Gespräch. Die Landesregierung wird die im Mai erfolgreich gestartete Veranstaltungsreihe „Landesregierung vor Ort“ fortsetzen. Einmal pro Halbjahr werden alle Ministerinnen und Minister zu einem Bürgerforum einladen, abgestimmt über das gesamte Land verteilt. Ich habe mir außerdem vorgenommen, künftig „Praxistage“ zu absolvieren und einen Tag lang in einem Betrieb oder einer Einrichtung mitzuarbeiten, um ganz alltägliche Erfahrungen in die Regierungsarbeit einzubringen. Und selbstverständlich werde ich auch sonst viel im Land unterwegs sein, weil der persönliche Eindruck und das direkte Gespräch immer besser sind als Entscheidungen anhand von Akten am heimischen Schreibtisch.

Ich setze auch auf die sozialen Medien. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Facebook und Twitter ersetzen keinen Besuch in der Kita oder im Pflegeheim. Aber die sozialen Medien sind ein guter Weg, um vor allem mit jüngeren Menschen in den Dialog zu treten. Diesen Weg will ich nutzen.

Meine Damen und Herren,

ich lade auch zur Mitarbeit ein. Mecklenburg-Vorpommern wird gut vorankommen, wenn sich viele Bürgerinnen und Bürger aktiv in unsere Gesellschaft einbringen.

Meine Einladung zur Mitarbeit geht ausdrücklich auch an den Landtag. Demokratie lebt von Regierung und Opposition. Es wird deshalb immer Fragen geben, wo wir unterschiedlicher Auffassung sind. Aber ich würde mir wünschen, dass wir bei wichtigen Themen, bei denen es um die Zukunft unseres Landes geht, auch zu parteiübergreifenden Lösungen finden. Wir sind dazu bereit.

Mecklenburg-Vorpommern hat sich in den 27 Jahren seit seiner Gründung insgesamt gut entwickelt. Wir stehen aber weiter vor großen Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen. Lassen Sie uns gemeinsam unser Land sicher und erfolgreich in das nächste Jahrzehnt führen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!